

## Ende einer kurzen Mesalliance

Nach kaum mehr als einem Jahr tritt Bulgariens Regierung zurück — unbeliebt war sie von Beginn an / Von Michael Martens

ISTANBUL, 24. Juli. Nach 405 Tagen wurden die Demonstranten doch noch erhört: Am Donnerstag hat das bulgarische Parlament mit großer Mehrheit den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Plamen Orescharski angenommen. Von formal 240 Abgeordneten stimmten 180 für und nur acht gegen den Rücktritt. Für einen solchen Moment hatten die Bulgaren demonstriert, die fast seit Beginn der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode vor dem Parlament ihren Unmut über eine als erzkorrupt geltende Regierung Luft machen. Auf dem Höhepunkt im Sommer 2013 waren es Zehntausende, später oft nur noch einige Unentwegte, doch ganz verebbten die täglich stattfindenden Proteste nie.

Am Beginn stand eine Personalie. Gleich nach der Amtseinführung versuchte das Kabinett Orescharski den Medientycoon und Geschäftsmann Deljan Peewski, damals 33 Jahre jung, zum Geheimdienstchef zu ernennen. Oligarchen seines Schlages sind grundsätzlich nicht beliebt bei den Bulgaren, aber Peewski, Mitglied der vor allem von Türken und anderen muslimischen Minderheiten des Landes gewählten „Bewegung für Rechte und Freiheiten“ (DPS), ist besonders verhasst. Er hatte keinerlei Qualifikationen für die Aufgabe eines Geheimdienstchefs, die geplante Ernennung verdankte er Hinterzimmerkungeleien zwischen den beiden Regierungskoalitionären, der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) und der DPS.

Peewski, so wird vermutet, wollte die Befugnisse und das Herrschaftswissen, das ihm als Geheimdienstchef zur Verfügung gestanden hätte, zum Ausbau seines Firmenimperiums nutzen. Dieser offensichtliche Fall von versuchtem Ämterkauf ging selbst den korruptionsgewohnten Bulgaren zu weit. Unter dem Druck der Straße musste die Regierung den Versuch, dem zahlungskräftigen Peewski den Geheimdienst zuzuschancen, wieder aufgeben. Haarsträubende Fälle von Korruption werden in Bulgarien oft öffentlich, bleiben aber auf für demokratiebewusste Bulgaren deprimierende Weise folgenlos. Der Fall Peewski war ein seltenes Erfolgserlebnis für die Bürger des Landes.

Seither gelang der Regierung Orescharki kaum noch etwas. Was als Mesalliance begonnen hatte, entwickelte sich zu einem veritablen Beziehungsdrama zwischen einem wütenden Volk und einer unpopulären Regierung. Spätestens seit der Europawahl im Mai, als die BSP weniger als 19 Prozent der Stimmen erhielt, war allen klar, dass die Koalition nicht die volle Legislaturperiode durchhalten würde. Sie konnte das Land nicht mehr regieren, sondern bestenfalls noch verwalten, zumal die „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (Gerb) als größte Oppositionsfraktion im Parlament äußerst aggressiv (manche sagen auch destruktiv) opponierte. Indem die Partei des früheren Ministerpräsidenten Bojko Borissow das Parlament boykottierte, wurde dort das Quorum verfehlt und jegliche Legislatur unmöglich. Gerb habe nicht Opposition, sondern Sabotage betrieben, sagte BSP-Fraktionschef Atanas Merdschanow dazu. Borissow konterte über einen Facebook-Eintrag: „Dieser Rücktritt kommt so spät, dass ich ihn in Kenntnis des Desasters, das die Regierung hinterlässt, nicht einmal genießen konnte.“ Absehbar war der Rücktritt seit Wochen. Die „Türkenpartei“ ging nach der Europawahl auf Distanz zur BSP, eine durch einen „Oligarchenkrieg“ unter Peewskis Beteiligung ausgelöste und nur mit Mühe eingehegte Bankenkrise im Juni beschleunigte den Zerfall der Koalition. Als auch noch das Moskauer

Gasleitungsprojekt „South Stream“, das über Bulgarien hätte führen sollen und von der in finanziellen Angelegenheiten traditionell russophilen BSP mit Eifer vorangetrieben wurde, aus politischen Gründen ins Stocken geriet, begann es bei Bulgariens Sozialisten immer stärker zu rumoren.

Nun soll eine vom Staatspräsidenten Rossen Plewneliew einzuberufende Übergangsregierung das Land zu Neuwahlen am 5. Oktober führen. Sergej Stanischew, BSP-Chef seit 2001, soll auf einem Parteitag am Sonntag abgelöst werden. Wer die Sozialisten künftig führen wird, ist noch nicht absehbar. Stanischew kommentierte das Ende der Regierung mit der Aussage, die BSP habe im vergangenen Mai (von Borissow) einen Staat geerbt, der von oligarchischen Interessen „durchsiebt“ sei. Es gebe ein System hinter dem System, das von starken wirtschaftlichen, medialen und politischen Interessengruppen beherrscht werde, so Stanischew sinngemäß. Allerdings hatte auch Borissow bei seiner Amtsübernahme einen oligarchischen Staat geerbt — von der BSP und Stanischew, der von 2005 bis 2009 Ministerpräsident war und das Land zum EU-Beitritt 2007 führte. Stanischew hatte den durchsiebten Staat von der „Zarenbewegung“ des früheren Ministerpräsidenten Simeon Sakschoburggotski übernommen, der ihn wiederum von dem liberalen Reformier Iwan Kostow in Empfang genommen hatte, welcher ihn den neunziger Jahren der BSP entwunden hatte. Und so weiter immerdar? Fest steht, dass Bulgarien 2007 der EU als ärmster Mitgliedstaat beitrug und genau dies sieben Jahre später immer noch ist. Nur in einem Fall könnte das Land aufrücken: wenn auch Albanien, das Kosovo oder Bosnien EU-Mitglieder würden.